

Zeitschrift:	Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber:	Widerspruch
Band:	31 (2011)
Heft:	61
 Artikel:	Gemeinsam für eine globale Transformation : Strategien gegen das Finanzkapital
Autor:	Herzog, Roland / Schäppi, Hans
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-652400

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gemeinsam für eine globale Transformation

Strategien gegen das Finanzkapital

Die Widersprüche im kapitalistischen Akkumulationsprozess haben sich im neuen Jahrtausend Schritt für Schritt verschärft. 2007 begann eine Weltwirtschaftskrise, die nur die wenigsten voraussahen. Bis weit ins linke Lager wurde dann akzeptiert, dass die Banken gerettet wurden, um ein grosses monetäres Chaos zu vermeiden. Diese Einschätzung dominiert nach wie vor, obwohl der Fall Island gezeigt hat, dass die Verstaatlichung des Bankensystems keineswegs Katastrophen auslöst. So lässt sich allgemein konstatieren, dass die Entwertung des fiktiven Kapitals verhindert wurde. Der überdimensionierte Finanzbereich reduzierte sich nicht, sondern wird lediglich immer neu abgesichert, damit die immer einseitigere Reichtumsverteilung erhalten bleibt. Die Kosten der Krise werden hingegen auf die Arbeitnehmenden abgewälzt.

Argumentiert wird heute nicht mehr nur mit der Problematik „toxischer Papiere“, sondern mit der angeblich drohenden „Seuche“ einer globalen Schuldenkrise. So werden Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, zunehmende Prekarisierungen, Lohnsenkungen, massive Entlassungswellen, unglaubliche Arbeitslosenquoten (vor allem bei den Jugendlichen) und ständig härtere Sparprogramme durchgesetzt. Dagegen entstehen weltweit breite soziale Bewegungen, die die private Hyperaneignung – die Kehrseite der Schulden – infrage stellen. Ein „cambio global – eine globale Transformation“ ist notwendig und muss als politisches Projekt und Alternative zum Neoliberalismus konzipiert werden.

Die Weltwirtschaftskrise, welche bis heute andauert, setzte als Subprime- und Bankenkrise ein. Nach den Bankensanierungen mit gigantischen Kosten und der Umsetzung von grösseren Konjunktur-Programmen schien 2010 die Krise bewältigt zu sein. Heute aber muss festgestellt werden, dass wir uns in der zweiten Phase dieser grossen Krise befinden. In dieser sind wir nicht mehr „nur“ mit einer monströsen Finanzwirtschaft konfrontiert, sondern mit der massiv angestiegenen Verschuldung vieler Staaten, insbesondere infolge der Bankenrettung, mit dem Ende des verschuldungsbasierten Wachstums in den USA und mit einer verschärften Austeritätspolitik. Grosse strukturelle Ungleichgewichte sind keineswegs beseitigt, und die Massnahmen gegen die Krise zeigen eine höchst beschränkte Wirksamkeit. Ein zögerlicher und reduzierter Keynesianismus wechselt sich ab mit fatalen Strategien aus der Mottenkiste der Vulgärokonomie, indem den hochverschuldeten Staaten drakonische Restrukturierungsprogramme auferlegt werden, die die krisenhafte Entwicklung verschlimmern.

Für die Schweiz kommt die Frankenauftwertung, die ebenfalls der internationalen Spekulation geschuldet ist, als belastender Faktor hinzu. Trotz Krise und einem völligen Versagen der neoliberalen Politik herrscht weiterhin das eindimensionale Denken vor. Immer deutlicher werden der direkte Zugriff des Finanzkapitals auf die Regierungen und der Abbau der Demokratie: Verschiedene Staaten sind gleichsam zum Spielball des Finanzkapitals und seiner Spekulationsgeschäfte geworden.

Was fehlt, sind konkrete Alternativen. Solche gilt es vorzuschlagen, breit zu diskutieren und zunächst exemplarisch, dann aber transnational zu realisieren. Und bei aller Dominanz der Finanzmärkte und des Finanzkapitals darf nicht nur einzig von der Finanzkrise gesprochen werden, denn heute geht es um vielfache Krisen (Demirovic 2011): der Wirtschaft, der Arbeit, der Geschlechterverhältnisse, des Klimas, der Ernährung und vor allem der Demokratie.

Krise des Fordismus und Herausbildung des neoliberalen Akkumulationsmodells

Wenn wir die tiefer liegenden Probleme der heutigen Entwicklungen verstehen wollen, dann müssen wir etwas zurückblenden, zumindest bis zum Bruch in den 1970er Jahren, als sich die strukturelle Krise des fordertischen Produktions- und Konsummodells akzentuierte. Diese Krise bildet den Hintergrund für die Durchsetzung eines neuen Modells in den 1980er und 1990er Jahren. Bezeichnet wird es als neoliberales Regime. Es bestimmt die gegenwärtigen Probleme und steht in scharfem Gegensatz zum Fordismus. Das fordertische Modell, welches durch hohe Wachstumsraten und ausgeprägte Produktivitätszunahmen dank dem Einsatz von neuen Technologien und Rationalisierungen entsprechend der kapitalistischen Logik der Zeitökonomie geprägt war, richtete sich auf die Entwicklung des Massenkonsums und brachte beträchtliche Reallohnsteigerungen.

Da jedoch nicht jedes Jahr ein neues Auto gekauft werden muss, verlagern sich in einer entwickelten Industriegesellschaft einerseits die Bedürfnisse hin zu qualitativen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und Kultur, in denen die Möglichkeiten zur Steigerung der Produktivität eng begrenzt sind. Damit sind auch der relativen Mehrwertsteigerung Limiten gesetzt. Andererseits erhöhte sich in den 1960er Jahren auf dem Hintergrund der amerikanischen Versprechungen der „Great society“ die Militanz der Arbeiter. Diese forderten auch in Europa in vielen harten Kämpfen (van der Velden 2007) sowie mit neuen Aktionsformen massiv höhere Löhne und mehr Mitbestimmung. Zumindest die Verteilung sollte zu Gunsten der Arbeitnehmenden verbessert werden; auch sozialrevolutionäre Tendenzen fanden Zuspruch. Mehrwertrate und Profitrate reduzierten sich bis in die 1970er Jahre markant (Leibiger 2011, Krüger 2010). Weil die Profite zusammengestaucht wurden und das Bürgertum die kapitalistische Ordnung infrage

gestellt sah, leitete es den Gegenangriff ein. Schritt für Schritt fand eine Abkehr von Regulierungen statt, die Devise war möglichst wenig Sozialstaat – und die Märkte sollten nun alles alleine richten.

Aufgrund der in der Krise 1974-76 entstandenen Massenarbeitslosigkeit begann das Kapital die Profite wieder verstärkt mit Methoden zu steigern, welche Marx „absolute Mehrwertsteigerung“ nennt, d.h. mittels Lohnrestriktion, Arbeitsintensivierung, Standortoptimierung und mit der Akkumulation durch Enteignung, d.h. mit Privatisierungen und Aneignung von Ressourcen wie Land, Wasser und Bodenschätzen (Harvey 2011). So gelang es seit Mitte der 1980er Jahre, die Profite wieder auf ein Niveau wie vor dem Bruch in den 1970er Jahren zu bringen, vor allem auf Kosten stagnierender Löhne (Graeber 2011) und sinkender Lohnquoten (Baumann 2011), d.h. mit Hilfe einer massiven Umverteilung des monetären Reichtums. Im Gegensatz zur Profitrate stieg aber die Akkumulationsquote, also der Anteil der Investitionen in die Produktion, nicht an, sondern hat sich seither eher noch abgeschwächt. Grundlegendes Merkmal des neoliberalen Regimes war die Tatsache, dass sich die Schere zwischen Profiten und Investitionen öffnete (Husson 2009), was sowohl die anhaltend niedrigen Wachstumsraten als auch die Zunahme der Arbeitslosigkeit erklärt.

Diese Entwicklung führte gleichzeitig zur Finanzialisierung mit den bekannten Folgen: Anstieg des Anteils der Dividenden der Aktionäre, Anstieg der Börsenkapitalisierung der Unternehmen, Realisierung von Renten, Gewinnmöglichkeiten über Spekulation mit Wertpapieren, Währungen, Rohstoffen und Lebensmitteln, Aufblähung des Finanzbereichs, der Banken und Versicherungen – in der Schweiz noch verstärkt durch die Pensionskassenersparnisse der 2. Säule – und die enge Verflechtung von Finanzwirtschaft und Staat, welche in den USA, in England und in der Schweiz stark ausgeprägt ist.

Die Herrschaft des Finanzkapitals

Das Konzept des Finanzkapitals lässt sich auf Marx zurückführen, aber eine konzise begriffliche Fassung lag erst mit Rudolf Hilferdings Buch „Das Finanzkapital“ (1910) vor. Die heutigen Bedingungen sind mit der damaligen Zeit zwar in keiner Weise mehr vergleichbar, doch macht der Begriff nach wie vor Sinn und ist für die Analyse des heutigen Kapitalismus fruchtbar. Dabei geht es nicht mehr um eine Trennung von Finanz- und Industriekapital, denn transnationale Unternehmen operieren auch als Banken; Apple verfügt beispielsweise über Barreserven von über 80 Mrd. \$. Entscheidend ist also, dass sich ein zunehmender Überschuss an liquiden Mitteln gebildet hat. Dieser soll sich direkt als Geldkapital verwerten und daher muss immer mehr an Mehrwert angesaugt werden. Hinzukommen die Pensionskassengelder, die weltweit auf rund 30 Billionen (allein in der Schweiz rund 600 Mrd.) angestiegen sind. All diese Mittel werden von Banken, Versicherungen

oder Hedgefonds angelegt. Die Expansionsstrategie dieser Institute hatte auch eine Zentralisierung zur Folge.

ETH-Forscher (Vitali 2011) stiessen in ihrer Untersuchung auf ein weltweites Netzwerk von 147 Konzernen, die untereinander stark verflochten sind und einen Grossteil der Weltwirtschaft kontrollieren. Rund drei Viertel der Konzerne gehören der Finanzindustrie an, u.a. die UBS und die Crédit Suisse. Diese Konzentration des Finanzkapitals macht nicht nur den Wettbewerb zur Farce, sie gefährdet auch in höchstem Masse die Demokratie (vgl. Crouch 2011). Diesen Konzernen wird ein „systemrelevantes“ Niveau bescheinigt, auf dem sie angeblich „too big to fail“ seien, also zu gross, als dass man sie zusammenbrechen lassen könnte. Daher verfügen sie über vielfältige Möglichkeiten, demokratische Gesellschaften zu erpressen. Es geht nicht nur um die kaum mehr vorstellbaren Summen, sondern um die strukturelle Gewalt, die das Finanzkapital auf den Devisen- und Geldmärkten ausübt und so Zinsen und Wechselkurse beeinflusst, mithin auch gesellschaftliche Entwicklungen bestimmt. Im Blickpunkt stehen allein die Renditen, die nun exorbitante 20 bis 25 Prozent erreichen sollen. Mit diesen Vorgaben werden natürlich auch die Unternehmen unter Druck gesetzt, und nicht selten werden dann langfristige Investitionsstrategien zu Gunsten kurzfristiger Aktienkurspflege ausgesetzt. Liberalisierte und deregulierte Finanzmärkte befördern die grenzenlose Mobilität des Kapitals. Sind die Kontrollen und Regulierungen einmal abgebaut, ist es schwierig, sie wieder zu etablieren. Die Nationalstaaten geraten in Abhängigkeit von den Finanzmärkten, wie dies in weiten Teilen der Eurozone der Fall ist. Diese Prozesse haben sich in den letzten Jahrzehnten deutlich beschleunigt, so dass mit Fug und Recht wieder von der Herrschaft des Finanzkapitals (Bischoff 2012) gesprochen werden muss.

Der oft beschworene Gegensatz von sogenannter Realökonomie und Finanzbereich dient dagegen in erster Linie dazu, die hemmungslose Gier im Finanzsektor zu denunzieren und ihn von der vermeintlich guten Welt der realen Wirtschaft abzutrennen, womit in letzterer die „normale“ Ausbeutung und Aneignung verschleiert wird. Heute muss es aber darum gehen, die vielfachen Zusammenhänge zwischen Produktions- und Finanzsphäre im gegenwärtigen Kapitalismus zu verstehen.

Die Widersprüche im Akkumulationsprozess und die Finanzkrisen

Die Widersprüche des neoliberalen Akkumulationsmodells und die Ursachen der Weltwirtschaftskrise haben vornehmlich mit den folgenden fünf Entwicklungen zu tun:

1. Einkommen und Vermögen wurden mit der Deregulierung immer ungleicher verteilt. Damit sank tendenziell die Massenkaufkraft, und es entstand die Konstellation einer strukturellen Überproduktionskrise. Ein-

gestellt hat sich eine pervertierte Form der Einkommens- und Vermögensverteilung, die nur wenige, diese jedoch extrem reicher gemacht hat. Mit der massiven Senkung der Steuergrenzsätze wurden Steuererträge durch Schulden der öffentlichen Hand ersetzt und Abgaben verwandelten sich auf wundersame Weise in private Vermögen mit Zinseinnahmen! Mit dem Stagnieren der Löhne ist aber auch die Mittelklasse in Nöte geraten, und die Kostenüberwälzungen der multiplen Krisen dürften sie nochmals stärker treffen. Die privaten Vermögen hingegen nehmen ständig zu. Mit grossem Abstand steht die Schweiz an der Spitzte der Vermögensstatistik: Erreicht werden im Durchschnitt 250'000 CHF pro Kopf, wobei eine extreme Ungleichverteilung vorliegt; die USA folgen mit Abstand an zweiter Stelle mit 135'000 (Brandmeir 2011). Einige höchst bescheidene Ansätze zu steuerlichen Abschöpfungen bei hohen Einkommen und Riesenvermögen bestätigen eher die allgemeine Tendenz, als dass eine eigentliche Steuerwende absehbar wäre.

2. Die Investitionsquoten haben abgenommen. Ein immer kleinerer Teil der Gewinne wird produktiv reinvestiert. Besonders aussagekräftig ist die Situation in Deutschland, wo dieser Anteil von 52 Prozent in den 1970er Jahren auf 35 Prozent nach der Jahrtausendwende sank (Husson 2009). Dieser grundlegende Trend führt zu einem Rückgang der Wachstumsraten, einer Stagnation und andauernder Arbeitslosigkeit. Immer deutlicher zeigt sich das Auseinanderklaffen zwischen maximaler Profitsteigerung und der Finanzierbarkeit von gesellschaftlichen Bedürfnissen.

3. Wachstum über Verschuldung wurde zu einem bestimmenden Trend. Weil die Löhne stagnieren, wurde der Konsum mit Schulden finanziert. Die Sparquoten sanken auf ein Minimum und die Ausgaben der Haushalte konnten dank der Verschuldung die gleichbleibenden Einkommen übersteigen. Anstelle von Lohnsteigerungen traten Kreditaufnahmen, ohne die der Boom der Weltwirtschaft bis 2007 nicht möglich gewesen wäre.

4. Die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte verschärften sich. Die Verschuldung erfolgte nicht nur bei Privaten und Firmen, sondern auch zwischen den Staaten, und zwar als Folge der wachsenden Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen. Dies gilt besonders ausgeprägt für die USA, die riesige Schulden angehäuft haben, und wo das Handelsbilanzdefizit zu einem grossen Teil von China finanziert wird. Mit dem Dollar als Leitwährung erhalten die USA trotz dieser Verschuldung bis heute genügend Kredite zu günstigen Bedingungen. Aber auch in Europa sind die Ungleichgewichte massiv angestiegen. Insbesondere hat Deutschland als Exportweltmeister im Gefolge der auch von den Gewerkschaften mitgetragenen Reallohnverluste von 6 Prozent im letzten Jahrzehnt (vgl. Schulten 2011) zunehmende Instabilitäten verursacht. Flassbeck (2011) spricht von einem eigentlichen „Lohndumping“, das betrieben wurde, um die nationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und Standortvorteile zu schaffen.

5. Es fehlt an wirksamen staatlichen Regulierungsbestrebungen und

-möglichkeiten. Die Wirtschaftspolitik der Nationalstaaten richtet sich nicht mehr auf den sozialen Ausgleich und die gesellschaftliche Kohäsion. Damit wurde der Sozialstaat durch den Wettbewerbs- und Sicherheitsstaat (Hirsch 2005) ersetzt. Mit der Deregulierung des Finanzbereichs wurden Steuerungsmöglichkeiten beseitigt und dem globalisierten Finanzkapital Tür und Tor geöffnet.

Folgen für die erste Krisenphase

Wegen des Trends zur Finanzialisierung beginnen die grossen Krisen als Finanzkrisen. Erinnert sei hier an die Vorläufer: die enorme Blase in Japan Ende der 1980er Jahre, an die Asienkrise 1998, an das Platzen der Dot.com-Blase der New Economy 2001. Die Rettung der Banken ist im Herbst 2008 sehr schnell vorangekommen. Enorm viel Geld wurde mobilisiert, um ihre Stabilisierung sicherzustellen. Mit Stützungsprogrammen – das bedeutendste wurde nicht zufälligerweise in China angestossen – versuchten die Regierungen überdies der Krise Herr zu werden. Entscheidend ist jedoch, dass es kaum zu einer Anhebung des Lohnniveaus gekommen ist. Vor allem in exportorientierten Staaten wurde die Lohnzurückhaltung weiter durchgedrückt, damit die Wettbewerbsvorteile intakt blieben.

Die anhaltende Finanz- und Bankenkrise sowie die „Rettungsmassnahmen“ haben die Krisenlage der Weltwirtschaft verschärft. Einerseits brachten sie das Ende des Wachstums über Verschuldung in den USA, was auch in Japan und Europa zu einer zunehmenden Wachstumsschwäche führte. Zudem wurde das Problem der Staatsverschuldung durch die Sanierung der Banken vergrössert und die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte sind keineswegs behoben. Aber auch die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen hat sich andererseits keineswegs verbessert: Den sinkenden Lohnquoten stehen nach wie vor steigende Profite gegenüber, den hohen Schuldenständen entsprechen die riesigen Vermögensbestände der Gläubiger. Im öffentlichen Diskurs wird das Schwerpunkt jedoch ausschliesslich auf die Schulden gelegt, wie wenn es die andere, ebenfalls folgenschwere Vermögensentwicklung nicht gäbe. Der Bevölkerung aber werden wegen der Verschuldung des Staates nun Sparprogramme aufgezwungen, der Gürtel sei definitiv und längerfristig enger zu schnallen. Auf diese Weise werden die Krisenkosten auf die Arbeitnehmenden abgewälzt.

Zuspitzung in der aktuellen Situation

Die gegenwärtige Situation ist deutlich dramatischer als vor drei Jahren. Die Hypertrophie des Finanzbereichs blieb mit immensen Mengen an Geldkapital erhalten, das auf die renditeträchtigsten Anlagemöglichkeiten zielt. Mittels computergestütztem Fasttrading können Firmen oder sogar

Staaten in Bruchteilen von Sekunden an den Rand des Abgrundes gebracht werden. Kreditaufnahmen sind bei solchen Angriffen kaum noch möglich; oder es werden immer höhere Zinssätze auferlegt, wie dies zurzeit in der südlichen Eurozone geschieht. In dieser Situation versuchen die USA, nachdem das Wachstum über Verschuldung eine Grenze erreicht hat, ihre Konkurrenzfähigkeit über ein Absenken des Dollars und eine lockere Geldpolitik zu verbessern. Es ist dies im Vergleich mit der europäischen Sparpolitik quasi der sanftere Weg. Hinter Obama lauern aber die Republikaner, welche – falls sie gewählt werden – den Sozialstaat noch stärker abbauen und den Angriff auf die letzte gewerkschaftliche Bastion, das Staatspersonal, führen werden.

Die EU scheint heute an einem Kreuzweg zu stehen. Entweder dauern die ökonomischen und politischen Turbulenzen an und der Konsens von „Merkozy“ verharrt bei der Sparpolitik und einem weiterhin ungenügenden Rettungsschirm zur Refinanzierung der Schulden, ohne dass die strukturellen Ungleichgewichte bewältigt werden; dann wird dies zu einem Scheitern der Währungsunion, einem Ausstieg von Ländern aus dem Euro und zu Staatsbankrotten führen. Oder die EU entwickelt sich zu einer gestärkten Union weiter, in der die Lohnpolitik koordiniert wird sowie Transferzahlungen, ein solidarisches Management der Schulden und die Einführung von Transaktionssteuern – eine erste transnationale Besteuerung! – zur Beschränkung der Spekulation durchgesetzt werden. Wichtig ist dabei, dass die europäische Zentralbank nicht primär die Sicherung der Preisstabilität verfolgt, sondern eine konjunkturstützende Zinspolitik umsetzt, und dass sie gleichzeitig einer demokratischen Kontrolle unterstellt wird. Da es heute in den EU-Ländern an einem starken politischen Druck der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen fehlt, ist die zweite Option noch wenig realistisch, doch werden ihr die kommenden Auseinandersetzungen Schub verleihen.

Die Schweiz hat mit der Frankenspekulation, an der die heimischen Grossbanken im grossen Stil beteiligt sind, die Quittung für ihre nationalistische und unsolidarische, rein auf die Interessen des Finanzplatzes ausgerichtete Politik erhalten. Für einige Zeit könnte es, wie in der Krise der 1930er Jahre, mit der Rosinenpickerei vorbei sein. Da der überbewertete Franken der Wirtschaft schadet und Arbeitsplätze verlorengehen, muss die Nationalbank ein Wechselkursziel festlegen, das in der Nähe der Kaufkraftparität liegt. Auch eine Erleichterung der Kurzarbeit für Betriebe, welche sich in Schwierigkeiten befinden, ist sinnvoll. Die Verteilung von Subventionen hingegen dürfte, wie in den 1930er Jahren, wenig wirksam sein, sondern vorab dazu dienen, die bürgerliche Klientel in einer zunehmend schwierigen Situation bei Laune zu halten.

Über keynesianische Politik hinaus

Die neoliberale Austeritätspolitik verwandelt die Bankenkrise in eine staatliche Überschuldungskrise. Dadurch wird vornehmlich Zeit gewonnen, in der die Banken ihre von Abschreibungen bedrohten Kredite abstoßen können. Der Schuldenschnitt wird ungenügend bleiben, die Rekapitalisierung der Banken jedoch erfolgen. All dies geschieht mit dem Ziel, dass die grossen Vermögen der Kapitalbesitzer erhalten bleiben, die konfliktshafenden Widersprüche etwas abgedämpft und auf die Zukunft verschoben werden können.

Dagegen mit Aussicht auf Erfolg vorgehen zu können, setzt zweifellos eine erneuerte, starke Kampfbereitschaft der Arbeitnehmenden in vielen Ländern voraus und erfordert Allianzen bis weit in den (verarmenden) Mittelstand hinein. Dabei sind gleichzeitig auch nationalistische und protektionistische Tendenzen zurückzuweisen bzw. zu überwinden. Sollten sich einige Durchbrüche erzielen lassen, könnte sich eine keynesianische Politik etablieren. Vorschläge von Joseph Stiglitz, Paul Krugmann oder Heiner Flassbeck beabsichtigen eine Reduktion der Widersprüche im Akkumulationsprozess, eine Stabilisierung durch Investitionsprogramme, einen massiven Schuldenschnitt und Re-Regulierung sowie eine ausgeglichene gesamtgesellschaftliche Verteilung in Zukunft. Ob aber wieder eine längere Prosperitätsphase wie unter dem Fordismus möglich wird, ist sehr fraglich. Zudem lassen sich die Einschränkung der Macht des Finanzkapitals oder der ökologische Umbau mit keynesianischer Politik allein nicht verwirklichen.

So zeigt sich heute die Notwendigkeit, über Keynes hinaus eine Transformationsstrategie zu entwickeln, welche die Logik des Kapitals infrage stellt und die Macht des Finanzkapitals bricht. Es kann mithin nicht nur um die häufig erwähnte „Bändigung“ der Finanzindustrie gehen, vielmehr steht zum einen eine rigorose Schrumpfung des Finanzsektors (Zeise 2010) an, womit die Schuldnechtschaft verhindert wird. Zum andern gibt es auch eine Krise der Investitionsfunktion (Denknetz-Fachgruppe 2010). Investitionen können nicht einfach dem Markt überlassen werden. Sie müssen nach Massgabe gesellschaftlicher Bedürfnisse gelenkt werden. Grundlegendes Ziel muss die Umorientierung der Wirtschaft von der Profitmaximierung auf die Erfüllung sozialer Bedürfnisse sein. So lässt sich insgesamt auch das Primat der Politik zurückgewinnen.

Leitlinien einer zukunftsweisenden Strategie

Wichtig ist erstens der konsequente Kampf gegen die fatale Austeritätspolitik, mit der die Folgen der Krise und die Kosten der „Rettungsmassnahmen“ auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden. Das heisst Kampf gegen Entlassungen, Lohnkürzungen und gegen den Sozialabbau, der

Kampf für existenzsichernde Mindestlöhne und für eine radikale Arbeitszeitverkürzung. In der Schweiz stellt sich zudem immer dringlicher die Frage der 2. Säule (BVG – Berufliche Vorsorge). Von grosser Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Durchsetzung einer Volkspension, das heisst der Einbau oder mindestens der Teileinbau der 2. Säule in die allgemeine Altersversicherung AHV. Mit dem BVG-Modell werden die Lohnabhängigen in die Interessen des Finanzkapitals und in die imperialistische Ausplünderung der Länder des Südens eingebunden (vgl. dazu Denknetz-Fachgruppe 2009). Ebenso wichtig ist die Koordination des Widerstands gegen die Abbaupolitik auf europäischer und internationaler Ebene (vgl. Pedrina in diesem Heft). Dazu gehört desweiteren der Kampf gegen Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche und für ein „Umssteuern“, also eine Besteuerung von Finanztransaktionen, Kapital- und Gewinnsteuern und weitere radikale Massnahmen gegen die Spekulation, damit die Steueroase Schweiz ausgetrocknet wird (Baumann/Ringger 2011).

Dringend ist heute zweitens ein solidarisches Management der Schulden. Dazu sind in einem ersten Schritt BürgerInnen-Anhörungen in allen Ländern einzuleiten, in denen die Staatsschulden untersucht und illegitime Schulden (beispielsweise die durch Bankenrettungen verursachten) identifiziert werden, die in der Folge unilateral oder in völkerrechtlichen Abkommen zu streichen sind (Husson 2011).

Zum Dritten zeigt die Bankenkrise deutlich, dass in der Schweiz der Finanzplatz völlig überdimensioniert ist und grosse Risiken für die ganze Gesellschaft in sich birgt. Die Schweiz ist ähnlich wie Island „overbanked“. Das Problem kann nur dadurch gelöst werden, dass die Grossbanken mit ihren Grossrisiken verkleinert und aufgeteilt werden. Sinnvoll ist daher eine Verstaatlichung der Grossbanken. Das Kredit- und Zahlungsgeschäft soll als Service public mit Staatsgarantie und demokratischer Kontrolle geführt werden, während die Investitions- bzw. Spekulationsgeschäfte, die stark zu besteuern sind, den Privatbanken überlassen bleiben, die aber keinerlei Staatsgarantie besitzen und auch nicht „gerettet“ werden können. Finanzprodukte müssen eng beschränkt und der Kapitalverkehr soll überwacht werden. Überdies kann es nicht sein, dass Zentralbanken der demokratischen Kontrolle entzogen bleiben (Zeise 2010).

Notwendig ist viertens ein neues Weltwährungssystem, das sich auf internationale politische Koordination abstützt. Solange es keine globale politische Machtordnung gibt, wird es aber auch kein internationales Zahlungsmittel geben. Geld übt Gewalt aus, benötigt aber als Zahlungsmittel auch Vertrauen (Aglietta/Orléan 2002) und wird durch lokale Souveränität, beispielsweise die Zentralbanken, geregelt. Keynes wollte „Bancor“ als Weltwährung einführen, unterlag jedoch dem Vorschlag einer Leitwährung, der den Dollar privilegierte. Ob heute die Sonderziehungsrechte zu einer internationalen Währung entwickelt werden, bleibe dahin-

gestellt, zumindest wird im IWF darüber diskutiert.

Ein Übergang von der kapitalistischen Profitlogik zu einer Produktion, die sich an gesellschaftlichen und sozialen Bedürfnissen orientiert, ist nicht möglich ohne eine grundlegende Demokratisierung der Wirtschaft. Eine fünfte Leitlinie zielt deshalb auf die Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen. Der Kommerzialisierung in allen Lebensbereichen wie Universitäten, Schulen, öffentliche Verwaltung und Wohnen muss ein entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden. Die überschiessenden Gewinne müssen überdies wegbesteuert und in sinnvolle Bereiche umgeleitet werden. So kann ein Fonds für Investitionen in soziale Bereiche und für den ökologischen Umbau geäufnet werden.

Die politische Demokratie wird mehr und mehr untergraben. Die sechste Leitlinie beinhaltet folglich den radikalen Kampf gegen die Aushöhlung der Demokratie durch Vollmachtenbeschlüsse, Erpressungen und Diktate der europäischen Troika im Interesse des Finanzkapitals sowie gegen die Erweiterung des Sicherheits- und Überwachungsstaats. Zentrale Aufgaben sind heute die Verteidigung und der Ausbau der politischen Demokratie (Wehr 2011) und die konsequente Abwehr nationalistischer und rechtsextremer Tendenzen.

Wenn diese Forderungen durchgesetzt werden sollen, dann ist eine harte Widerstandspolitik angesagt, Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Lohnabhängigen und gegen das Diktat des Finanzkapitals. Von der Occupy-Bewegung kann der Mut zur Radikalität, zur Utopie und zur Kompromisslosigkeit gelernt werden. Radikale Widerstandspolitik allein genügt aber nicht. Es stellt sich auch heute die Machtfrage und deshalb geht es nicht ohne Alternativen, bündnispolitische Strategien und kämpferische Gewerkschaften, ohne innergewerkschaftliche Demokratie, den Abbau von bürokratischen Hierarchien und den Bruch mit der politischen Konkordanz. In England fand am 30. November 2011 mit rund 2 Mio. TeilnehmerInnen des öffentlichen Dienstes der grösste Streik seit Jahrzehnten statt. Es ist also zu erwarten, dass der Kampf gegen die nationalen Austeritätsprogramme sprunghaft anwachsen wird; notwendig sind transnationale Verbindungen und eine breite Koordination.

Erwähnt sei auch, dass es seit dem 16. Jahrhundert immer wieder Finanzkrisen gegeben hat. Fernand Braudel, der grosse französische Historiker, hat diese exzellent herausgearbeitet und dabei gezeigt, dass mit dem Überhandnehmen der Finanzsphäre und den damit verbundenen Krisen jeweils der „Herbst“ einer Epoche eingeläutet wurde. Dies scheint auch auf die gegenwärtige zuzutreffen.

Es muss der Linken gelingen, aus der Defensive herauszukommen. Die bestehenden Kräfteverhältnisse müssen im Interesse der Arbeitnehmenden verändert und verbessert werden; dies lässt sich nur gemeinsam umsetzen. Notwendig sind Veränderungen in Europa; und entscheidend werden schliesslich die weltweiten sein: ein cambio global, eine globale Transformation – gegen das Finanzkapital.

Literatur

- Aglietta, Michel / Orléan, André, 2002: *La Monnaie entre violence et confiance*. Paris
- Baumann, Hans / Ringger, Beat, 2011: *Richtig Steuern*. Zürich
- Baumann, Hans, 2011: *Verteilungsbericht 2011. Entwicklung und Verteilung von Löhnen, Einkommen und Vermögen*. In: *Denknetz Jahrbuch 2011*. Zürich
- Bischoff, Joachim, 2012: *Die Herrschaft des Finanzkapitals*. Hamburg
- Brandmeir, Kathrin / Grimm, Michaela / Heise, Michael / Holzhausen, Arne, 2011: *Allianz Global Wealth Report 2011*. München
- Crouch, Colin, 2011: *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*. Berlin
- Demirovic, Alex / Dück, Julia / Becker, Florian / Bader, Pauline (Hrsg.) 2011: *VielfachKrise*. Hamburg
- Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie, 2009: *Sicherung der Altersvorsorge: Modellvorschlag für eine Totalrevision*. In: *Denknetz Jahrbuch 2009*. Zürich
- Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie, 2010: *Zu reich für den Kapitalismus: Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion*. In: *Denknetz Jahrbuch 2010*. Zürich
- Flassbeck, Heiner 2010: *Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt/Main
- Graeber, David, 2011: *Debt*. New York
- Harvey, David, 2011: *The Enigma of Capital and the Crises of Capitalism*. London
- Hirsch, Joachim, 2005: *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg
- Husson, Michel, 2009: *Kapitalismus pur. Deregulierung, Finanzkrise und weltweite Rezession*. Karlsruhe
- Husson, Michel, 2011: *Pour un audit citoyen de la dette publique*. Auf: hussonet.free.fr/audidette.pdf
- Krüger, Stephan, 2010: *Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation: Konjunkturzyklus und langfristige Entwicklungstendenzen*. Hamburg
- Leibiger, Jürgen, 2011: *Bankrotteure bitten zur Kasse: Mythen und Realitäten der Staatsverschuldung*. Köln
- Pedrina, Vasco, 2011: *Gewerkschaften und die Euro-Krise*. In: *Widerspruch Heft 61*. Zürich
- Schäppi, Hans, 2009: *Auswege aus der Wirtschaftskrise. Eine Strategie von unten*. In: *Widerspruch Heft 57*. Zürich
- Schulzen, Thorsten, 2001: *Deutschlands lohnpolitische Sonderrolle in Europa*. In: Bispinck, Reinhard (Hrsg.), 2011: *Zwischen Beschäftigungswunder und Lohndumping? Tarifpolitik in und nach der Krise*. Hamburg
- Van der Velden, Sjaak / Dribusch, Heiner / Lyddon, Dave / Vandaele Kurt, 2007: *Strikes around the World*. Amsterdam
- Vitali, Stefania / Glattfelder, James B. / Battiston, Stefano, 2011: *The network of global control*. Zürich
- Wehr, Andreas, 2011: *Griechenland, die Krise und der Euro*. Köln
- Zeise, Lucas, 2010: *Geld – der vertrackte Kern des Kapitalismus*. Köln